



Neue Kriegsfall-Pläne der Regierung treffen jetzt junge Menschen – „Es ist zwingend nötig“

09.04.2025, 06:29 Uhr

Von: Victoria Krumbek

Schüler sollen in Schulen auf den Notfall vorbereitet werden. Das Innenministerium möchte, dass sie ein Verständnis für den Zivilschutz entwickeln.

Berlin – Krisen gibt es derzeit genug auf der Welt. Angefangen etwa mit dem Ukraine-Krieg, den zerrütteten Beziehungen mit US-Präsident Donald Trump oder Naturkatastrophen. Vor einer Krise ist niemand sicher. Die Europäische Union empfiehlt aufgrund der angespannten sicherheitspolitischen Lage das Anlegen eines Notfallvorrats, damit Bürgerinnen und Bürger im Ernstfall mehrere Tage damit leben können. Laut einem Vorschlag des Bundesinnenministeriums sollen entsprechende Übungen für den Notfall auch an Schulen absolviert werden.

Kriegsfall-Pläne der Regierung: Schüler sollen Krisentraining absolvieren

Das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, junge Menschen in Schulen auf Krisen und den möglichen Kriegsfall vorzubereiten. „Angesichts der Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in jüngerer Zeit sollte ein stärkerer Fokus auf den Zivilschutz gesetzt werden, auch schon in der Schulbildung“, sagte ein Ministeriumssprecher dem *Handelsblatt* (Montagausgabe).



Junge Menschen sollen an Schulen für das Thema Zivilschutz sensibilisiert werden. © Michael Matthey/dpa

Das Innenministerium gibt zu bedenken, dass für die „Bestimmung von Lerninhalten“ an Schulen zwar die Bundesländer zuständig seien. Gleichwohl stehe der Bund mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bereit, mit „Materialien für junge Menschen und für Lehrpersonen“ zu helfen.

Kriegsfall-Vorbereitungen: Krisen-Trainings an Schulen – „Es ist zwingend nötig“

Das Ministerium begrüßte zugleich die jüngst vorgestellte Initiative der EU-Kommission „zur Vorbereitung auf kriegsbedingte Krisen“ und riet Bürgern ebenfalls dazu, Vorräte an Wasser, Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern anzulegen. „Mit einem Vorrat für mindestens 72 Stunden können vorübergehende Krisensituationen gut bewältigt werden“, sagte der Sprecher.

Der CDU-Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter schlug seinerseits ein Krisentraining für Schüler vor. „Es ist zwingend nötig, dass der Ernstfall geübt wird, denn die Schülerinnen und Schüler sind besonders verletzlich und im Ernstfall besonders betroffen“, sagte er der Zeitung. Auch sollte aus seiner Sicht „eine Grundausbildung zum Verhalten in Katastrophenlagen“ eingeführt werden. „Dies wäre auch mit Blick auf einen Gesellschaftsdienst klug und vorausschauend“, sagte Kiesewetter und nannte als Vorbild Finnland, wo dies seit Jahrzehnten in Schulen üblich sei. (vk/afp)

